IG Metall Braunschweig, Wilhelmstr. 5, 38100 Braunschweig

Braunschweig

Offener Brief an die Parteivorsitzenden von SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Perspektive für mehr soziale Gerechtigkeit

Datum:
23.06.2017

Ihre Mitgliedsnummer:

Unser Zeichen:

St../stu

Telefon:
0531/ 480 88-10

Fax:
0531/ 480 88 -90

E-Mail:
braunschweig@igmetall.de

Liebe/Lieber …,

die Delegierten der IG Metall Braunschweig haben auf ihrer Delegiertenversammlung am 13. Juni 2017 die Anforderungen an die Politik beraten. Alle Zahlen belegen es – trotz steigenden Wohlstands in Deutschland ist die Ungleichheit von Jahr zu Jahr gestiegen und sie war nie größer als heute. Dies sieht auch ein Großteil der Beschäftigten so.

Mehr als 680.000 Beschäftigte aus rund 7.000 Betrieben haben sich bundesweit an der Befragung der IG Metall „Politik für alle – sicher, gerecht und selbstbestimmt“ von Mitte Januar bis Ende Februar 2017 beteiligt. Diese hohe Beteiligung zeigt:
Die Beschäftigten wollen mit ihren Wünschen, Sorgen und Forderungen gehört werden.

Gerade soziale Gerechtigkeit steht für viele im Mittelpunkt der Politik. Dazu gehört aus Sicht der Beschäftigten die Abschaffung der Rente mit 67 und stattdessen eine deutliche Senkung des Renteneintrittsalters, die Steigerung des bestehenden Rentenniveaus, die paritätische Finanzierung der Kosten im Gesundheitswesen sowie eine Wende in der Steuerpolitik.

Die Delegierten der Delegiertenversammlung der IG Metall Braunschweig erwarten von Euch, dass eine Politik für soziale Gerechtigkeit sich nicht nur in Wahlprogrammen und –reden niederschlägt, sondern alle Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit eurer Parteien genutzt werden und diese nicht von vornherein ausgeschlossen wird.

Wir sind davon überzeugt, dass eine der sozialen Gerechtigkeit verpflichtete Politik eine tragfähige Perspektive für die Menschen in

IG Metall

Wilhelmstr. 5
38100 Braunschweig

Telefon: 0531/48088-0
Fax: 0531/48088-90

Internet:
www.igm-bs.de

Datenschutzhinweis: Name, Adresse und zur Bearbeitung nötige Angaben werden vorübergehend gespeichert.

diesem Land wäre, statt der Verteidigung der Agenda 2010 das Wort zu reden.

…

Für uns ist entscheidend, dass die Inhalte die Interessen der Beschäftigten, der Arbeitslosen und der Rentnerinnen und Rentner berücksichtigt werden, die auch in der Beschäftigtenbefragung klar und deutlich zum Ausdruck kommen:

1. Über 76 Prozent der Befragten sprechen sich für eine Wende in der Steuerpolitik aus. Sie fordern mehr Verteilungsgerechtigkeit durch eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, hoher Vermögen und großer Erbschaften.
2. 85 Prozent der Beschäftigten wollen ein höheres Rentenniveau. Das ist weniger erstaunlich, als der Fakt, dass sie dafür auch bereit sind, höhere Rentenbeiträge in Kauf zu nehmen.
3. Eine leistungsfähige gesetzliche Rente ist keine Generationen- sondern eine Gerechtigkeitsfrage. Die Privatisierung der Altersvorsorge zu Gunsten niedrigerer Beiträge der Arbeitgeber war eine Fehlentscheidung. Dies sagen knapp 87 Prozent der Befragten.
4. Zur Frage der betrieblichen Altersvorsorge fordern 93 Prozent der Beschäftigten eine Verpflichtung der Arbeitgeber zur betrieblichen Altersvorsorge für alle.
5. Und rund 95 Prozent der Befragten fordern ein Zurück zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung.
6. 89 Prozent sprechen sich klar für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, von Minijobs und prekärer Beschäftigung aus.
7. 83 Prozent der Beschäftigten verlangen einen klaren Kurswechsel, hin zu einer neuen Arbeitsmarktpolitik. Sie sagen, dass der Erhalt der Qualifikation Vorrang haben muss vor der Vermittlung in den erstbesten Job. Und sie fordern deshalb eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und neue Zumutbarkeitsregeln.
8. In dem Transformationsprozess in die Arbeitswelt von morgen wollen die Menschen wissen, wie ihre eigene berufliche Zukunft aussieht. Daher fordern 93 Prozent der Beschäftigten die Politik auf, sich für Sicherheit und berufliche Perspektiven in der Industrie 4.0. stark zu machen.
9. Sicherheit und gute Perspektiven gibt es auch nur mit gleichen Chancen zur Teilhabe an Bildung. Eine überwältigende Mehrheit von 93 Prozent fordert eine Bildungspolitik, die Bildungschancen unabhängig von der sozialen Herkunft eröffnet.
10. 92 Prozent der Befragten fordern von der Politik einen besseren Schutz der Tarifverträge. Der Gesetzgeber muss dazu beitragen, dass mehr Beschäftigte Anspruch auf Tarifverträge haben und Tarifflucht bei Ausgliederungen verhindert wird.
11. Trotz anderslautender Behauptungen wollen 96,4 Prozent der Befragten auch in Zukunft ein starkes Arbeitszeitgesetz - mit Ruhezeiten und mit einem Recht auf Abschalten.

Wir sind der festen Überzeugung, dass ein wirklicher Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit nur mit den von Euch vertretenen Parteien zurzeit realistisch ist. Und wer dies will, darf das nicht an selbst gebauten hohen Hürden scheitern lassen.

Wir sind uns bewusst, dass dies kein einfacher und leichter Weg ist und die oben beschriebenen Forderungen aus unserer Beschäftigtenbefragung können und müssen auch noch mit weiteren Forderungen unterlegt werden – von der Verhinderung weiterer Privatisierungen bis hin zur Ablehnung weiterer Einschnitte in das schon ausgehöhlte Asylrecht.

Allerdings bleibt festzuhalten, dass die Frage der sozialen Gerechtigkeit für uns der Dreh- und Angelpunkt eines notwendigen Politikwechsels ist. Und nur wenn die soziale Frage wieder in den Mittelpunkt der Politik rückt und hier von Euch glaubhaft alternative Konzepte vorgestellt werden, kann man sich dem aufkeimenden Rechtspopulismus erfolgreich entgegenstellen.

Mit freundlichen Grüßen

Eva Stassek
1. Bevollmächtigte

Garnet Alps
2. Bevollmächtigte